

VERKEHR UND INFRASTRUKTUR

HESSEN-STAU DREIMAL UM DIE ERDE

Die CDU-geführten Landesregierungen haben seit 1999 die Straßen und Schienen im Land auf Verschleiß gefahren. Damit trägt die Landesregierung aus Sicht von **Thorsten Schäfer-Gümbel** große Verantwortung für Staus, marode Straßen und übervolle Nahverkehrszüge. „Das grüne Dogma ‚Sanierung vor Neubau‘ reicht nicht, um Hessen auf künftige Herausforderungen vorzubereiten. Mit der wachsenden Zahl von Menschen, die hier wohnen und arbeiten, müssen auch die Verkehrswege wachsen.“ Schäfer-Gümbel sagte, dass die Verkehrsteilnehmer auf den Autobahnen in Hessen im Jahr 2016 insgesamt 31.600 Stunden im Stau gestanden hätten. Die Länge der Hessen-Staus habe drei-



VORSICHT STAU! RUND 120.000 KILOMETER LANG WAREN DIE STAUS IN HESSEN IM JAHR 2016.

mal um die Erde gereicht. „Für die Menschen, die jeden Morgen und jeden Abend im Stau stehen, ist die Verkehrspolitik zu einem staatlichen Programm für Lebenszeitvernichtung verkommen.“ Notreparaturen und langwierige Grundsanierungen seien die Folge davon, dass die Infrastruktur nahezu zwei Jahrzehnte lang vernachlässigt wurde. „Die Hälfte der Straßen und Brücken in unserem Land ist in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand.“ Das Land

stelle dafür zu wenig Geld bereit. Das Problem werde noch verschärft, weil der Landesbetrieb Hessen Mobil nach Jahren des Personalabbaus nicht mehr imstande sei, die Bauprojekte zu planen. „Sie haben 40 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weg gespart.“ Ein Umstieg auf Bahnen und Busse sei auch nicht möglich: „Die Züge sind auf den Hauptstrecken schon jetzt völlig überfüllt, der Versuch, mehr Bahnen einzusetzen, scheitert an der begrenzten Kapazität des derzeitigen Schienennetzes. Schwarz-Grün lässt den Pendlerinnen und Pendlern nur die Wahl zwischen Stau auf der Straße und Gedränge in der Bahn.“



FOTO: PIETRO SUTERA

ALTENPFLEGE PERSONELL STÄRKEN

Bessere Rahmenbedingungen in der Pflege fordert **Dr. Daniela Sommer**: „Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt. Gleichzeitig steigt die Zahl der offenen Stellen für Pflegekräfte. Es ist bereits fünf nach zwölf und die schwarz-grüne Landesregierung muss konsequent handeln, die Altenpflege unterstützen und Nachwuchs gewinnen!“ Ziel sei, eine gute, effiziente und



patientengerechte gesundheitliche Versorgung aufrechtzuerhalten und zu sichern. „Dazu braucht es gutes Personal. Wir müssen die Ausbildung forcieren und ebenso attraktiv gestalten wie die Rahmenbedingungen. Dazu gehört eine bessere Vergütung, die Verbesserung der Ausstattung der Ausbildungseinrichtungen sowie eine Verbesserung der Personalbemessung. Für die SPD sind Mindestpersonalstandards als definierter Personalschlüssel wichtig, um

eine gute Pflege auszuüben und Überforderung zu vermeiden“, so die SPD-Abgeordnete.

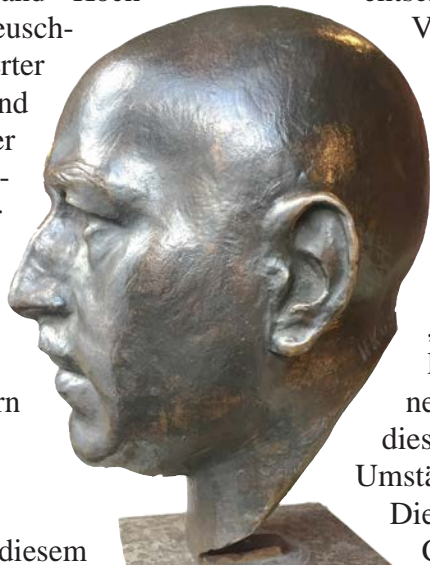


FOTO: PRINTIMPS - STOCK.ADOBE.COM

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

HARTE KRITIK AN MEDAILLE FÜR ROLAND KOCH

Die SPD kritisiert die Verleihung der Wilhelm-Leuschner-Medaille an den ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten Roland Koch scharf. „Wilhelm Leuschner war ein engagierter Gewerkschafter und Sozialdemokrat, der sich in außergewöhnlicher Weise für Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit eingesetzt hat. Die Verleihung an Herrn



WILHELM LEUSCHNER ►

Koch entspricht diesem Geist genau nicht“, sagte

Günter Rudolph. Er erinnerte an den ausländerfeindlichen, schwarzgeldfinanzierten Wahlkampf von Roland Koch 1999. Rudolph zitierte die grüne Dezernentin Nargess Eskandari-Grünberg, mit den Worten die Würdigung Kochs sei „an Zynismus kaum zu überbieten“. Die schwarz-grüne Koalition lehnte es ab, die Verleihung zu missbilligen, obwohl sich die grüne Landesmitgliederversammlung dagegen ausgesprochen hatte.



KANZLERIN GESCHEITERT

In der Debatte um das Scheitern der Sondierungsgespräche von CDU, CSU, Grünen und FDP in Berlin sprach der SPD-Fraktionsvor-



sitzende **Thorsten Schäfer-Gümbel** von einem Scheitern der Kanzlerin. Schäfer-Gümbel wandte sich entschieden gegen den Vorwurf in Richtung der SPD aus den an den Sondierungen beteiligten Parteien, die ein Nicht-eintreten in eine Regierung als „verantwortungslos“ bezeichneten und nannte diese „unter keinen Umständen akzeptabel“. Die SPD habe mit der CDU leider die Erfahrung machen müssen, dass die Union in einer Koalition in regelmäßigen Abständen vertragsbrüchig wurde.

CHANCE FÜR OPEL

Die SPD-Landtagsfraktion sieht im Hinblick auf die Restrukturierung von Opel eine reale Zukunftschance für den hessischen Autobauer. **Wolfgang Decker** sagte: „Dass Opel mit der geplanten Restrukturierung wieder eine Chance für die Zukunft erhält, ist eine erfreuliche und zugleich wichtige Nachricht für die Beschäftigten, für die Region und für den Automobilstandort Hessen. Die wichtigste Botschaft liegt darin, dass es keine Werksschließungen und betriebsbeding-



te Kündigungen geben soll. Offensichtlich plant die Unternehmensleitung keinen Kahlschlag, sondern setzt auf eine verantwortungsbewusste und sozialverträgliche Restrukturierung des Autobauers.“

SOLIDARITÄT MIT SIEMENS-BESCHÄFTIGTEN

Die aktuellen Kürzungspläne bei Siemens, die auch den Standort Offenbach hart treffen würden, riefen scharfe Kritik bei der SPD hervor. **Wolfgang Decker** kritisierte die Konzernführung für die Pläne und sieht darin den Versuch eines international agierender Konzerns, unternehmerische Versäumnisse zu korrigieren, indem er die Beschäftigten die Zeche zahlen lasse. „Dass die konventionellen Großkraftwerke, wie Siemens sie baut, beim globalen Umstieg auf erneuerbare Energien nicht mehr im gewohnten Umfang gebraucht werden, ist keine Überraschung, sondern seit vielen Jahren erkennbar. Das Management von Siemens war offensichtlich nicht im Stande, darauf angemessen zu reagieren“, so Decker. Die SPD solidarisierte sich ausdrücklich mit den Siemens-Beschäftigten, dem Betriebsrat und den Gewerkschaften, die sich gegen die Pläne wehren.



LANDTAGSWAHLGESETZ

VERFASSUNGSWIDRIGEN ENTWURF ZURÜCKZIEHEN

Die von Schwarz-Grün geplante Reform der hessischen Landtagswahlkreise ist aus Sicht der SPD verfassungswidrig. **Günter Rudolph** forderte CDU und Grüne auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen. „Der Entwurf ist bei der Anhörung auf ganzer Linie durchgefallen.“ Sachverständige und die Bürgermeister der betroffenen Kommunen hätten die neuen Zuschnitte der Wahlkreise als verfassungswidrig und willkürlich bewertet. Es sei nicht nachvollziehbar, dass die schwarz-grüne Landesregierung nicht einmal aktuelle Bevölkerungszahlen zur Verfügung stelle. Offensichtlich seien Gemeinden nach parteipolitischen Gesichtspunk-

ten bestimmten Wahlkreisen zugeordnet worden. Statt jetzt in einem Hau-Ruck-Verfahren das Gesetz zu ändern, schlage die SPD die Einsetzung einer Wahlkreiskommission vor, um eine Neuregelung für die übernächste Landtagswahl zu treffen.



DIE NÄCHSTE LANDTAGSWAHL FINDET VORAUSSICHTLICH IM HERBST 2018 STATT.



SCHEITERN BEI AUSBILDUNG

Die Landesregierung gibt mit der Streichung von Ausbildungsplätzen ein schlechtes Beispiel ab. Um rund ein Drittel sank die Zahl der vom Land angebotenen Ausbildungsplätze von 2011 bis 2015, wie eine Große Anfrage der SPD-Fraktion ergeben hat. Auch das hessische „Bündnis für Ausbildung“ habe im vergangenen Ausbildungsjahr nur zu 316 zusätzlichen Angeboten in Hessen geführt, kritisierte **Lisa Gnadt**. Tausende Ausbildungssuchende seien trotz Hochkonjunktur unversorgt geblieben. Auch bei den Programmen der Landesregierung, die jungen Erwachsenen ermöglichen sollen, einen Berufsabschluss nachzuholen, zeigten die immer mit großem Tamtam angekündigte Initiativen keinen Erfolg.

MASSIVE EINGRIFFE - UNZUREICHENDE KONTROLLE

Die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes bleibt aus Sicht der SPD auf Basis des schwarz-grünen Gesetzentwurfs unzureichend. Daneben plane die Koalition massive neue Eingriffsrechte wie die Online-Durchsuchung kritisierte **Nancy Faeser**.

„Eine wirksamen Kontrolle wird mit dem Gesetzentwurf nicht erreicht. Er ist geprägt von Misstrauen gegenüber dem frei gewählten Parlament.“

Faeser forderte, die Befugnisse des Verfassungsschutzes klar und

eindeutig zu regeln und dabei die strengen Vorgaben des Grundgesetzes einzuhalten. „Probleme sehen wir insbesondere bei der Online-Durchsuchung. Die Regelung geht außerordentlich weit und orientiert sich ausgerechnet am bayrischen Verfassungsschutzgesetz – wie die Grünen das mittragen können, ist mir ein Rätsel. Uns erschließt sich nicht, warum der Verfassungsschutz in Hessen so weit und mit so wenig Kontrolle in den Kernbereich der privaten Lebensführung eindringen dürfen soll.“ Auch die schrankenlosen Einsatzmöglichkeiten der Vertrauenspersonen gingen der SPD zu weit.

EKLATANTE MÄNGEL BEHEBEN

Die Abschiebehaft für ausreisepflichtige Menschen darf nach Ansicht von **Nancy Faeser** nur „letztes Mittel“ sein und müsse die Voraussetzungen für eine humanitäre Unterbringung gewährleisten. Der schwarz-grüne Gesetzentwurf zur Abschiebehaft weise jedoch eklatante Mängel auf, die behoben werden müssten. So hätten die Regierungsfaktionen in der Anhörung viel Kritik dafür einstecken müssen, dass sie keine Regelungen für die Unterbringung von Minderjährigen vorgesehen hätten. Auch die Seelsorge und psychische Beratung seien im Gesetzesentwurf nicht ausreichend berücksichtigt.

REGIERUNGSERKLÄRUNG KOMMUNALE FINANZEN

LAGE DESOLAT, KEINE BESSERUNG IN SICHT

Die Verklärung der finanziellen Not der hessischen Kommunen war aus Sicht von **Norbert Schmitt** das Ziel der Regierungserklärung von CDU-Finanzminister Dr. Schäfer. Schmitt erinnerte daran, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young die Situation so zusammengefasst habe: „Finanzlage desolat, keine Verbesserung in Sicht, massives Drehen an der Gebührenschaube“. Die Bertelsmann-Stiftung bezeichne Hessen sogar als Krisenregion der Kommunal Finanzen.

„Bis zum Jahr 2000 hatten die hessischen Kommunen die drittgeringsten Defizite pro Kopf in Deutschland. Seit Regierungsübernahme durch die CDU verschlechterte sich aber Jahr für Jahr ihre Situation. Mittlerweile haben die hessischen Kommunen die dritthöchsten Defizite in Deutschland. Die hessischen Kommunen wurden durch die CDU vom Spitzen-



CDU-REGIERUNGEN HABEN NACH ANSICHT VON NORBERT SCHMITT DIE HESSISCHEN KOMMUNEN FINANZIELL VOM SPITZENREITER ZUM ABSTEIGER GEMACHT.

reiter zum Absteiger gemacht.“ Allein zwischen 2009 und 2015 seien 7,8 Milliarden Defizite und damit Schulden bei den hessischen Kommunen entstanden, weil das Land die Kommunen unzureichend finanziert habe. Deshalb stehe das Land auch in der Pflicht, die Kom-

munen aufgabengerecht finanziell auszustatten. Die sogenannte „Hessenkasse“ zur Ablösung sogenannter Kassenkredite werde jedoch zu 80 Prozent von den Kommunen selbst finanziert. Das sei inakzeptabel und müsse korrigiert werden.

STEUEROASEN AUSTROCKNEN

Die SPD fordert, dem Geschäftsmodell der „Steueroasen“ endlich die Grundlage zu entziehen. Hier seien die Bundesregierung und die EU-Mitgliedstaaten gefordert, sagte **Norbert Schmitt** in einer Debatte über die so genannten „Paradise Papers“. Es sei nicht akzeptabel, dass es einige Mitgliedstaaten es zu ihrem Geschäftsmodell gemacht hätten, anderen Staaten Steuern zu stehlen. „Jährlich gehen den öffentlichen Haushalten – und damit uns allen – laut Europäischer Kommission durch Steuervermeidung 50 bis 70 Milliarden Euro verloren.“

CHANCEN VERPASST

Die SPD-Abgeordnete **Elke Barth** sieht bei der Neufassung der Hessischen Bauordnung (HBO) „verpasste Chancen“ auf Seiten der schwarz-grünen Landesregierung. Barth sagte, es sei nicht gelungen, das Regelwerk zu entrümpeln. Die lange Dauer der Genehmigungsverfahren gehöre zu den Kostentreibern im Bauwesen.



Ein besonderes Augenmerk wolle die SPD auf die Neuregelungen zur Barrierefreiheit legen. Wichtig sei es, in jedem Fall deutlich mehr

barrierefreien Wohnraum zu schaffen und die Barrierefreiheit generell zu fördern. Die Regelungen dürften aber nicht zu starr sein.



JEDES JAHR MÜSSTEN IN HESSEN RUND 37.000 WOHNUNGEN NEU GEBAUT WERDEN, UM DEN BEDARF ZU DECKEN. DOCH TATSÄCHLICH KLACHT HIER EINE GROSSE „BAULÜCKE“: 2016 ENTSTANDEN 17.000 WOHNUNGEN ZU WENIG.

FOTO: ©NASARED - STOCK.ADOBE.COM



Die SPD hat von der Landesregierung mehr Anstrengungen für sauberes Trinkwasser gefordert. Das Umweltministerium ducke sich weg und schiebe die Verantwortung zu den Kommunen, sagte die umweltpolitische Sprecherin **Angelika Löber** „Eigeninitiative ist Mangelware.“



Zur Frage nach der Einführung einer vierten Klärstufe beispielsweise präsentiere das Umweltministerium gerede einmal zwei Pilotprojekte, die mit Geld unterstützt würden. Aus Nachbarbundesländern lägen schon seit Jahren detaillierte Studienergebnisse zu dieser zusätzlichen Reinigungsstufe in Kläranlagen vor.

Auch bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie hinke Hessen hinterher.

BELASTUNG DER LEHRKRÄFTE NIMMT IMMER MEHR ZU

Die Verantwortung für die ständig wachsende Belastung der hessischen Lehrkräfte sieht die SPD-Fraktion bei der hessischen Landesregierung. **Christoph Degen** sagte: „Keine PR-Maßnahme und kein inszenierter Schulbesuch können darüber hinwegtäuschen, dass die Landesregierung jeden Bezug zur schulischen Realität verloren hat.“ Wer die Mehrbelastungen von Lehrkräften als eine



„Begleiterscheinung der Postmoderne“ betrachte und sämtliche Aufgabenzuwächse zu „Regelaufgaben“ erkläre, disqualifiziere sich als Arbeitgeber. Zusätzliche Aufgaben erforderten auch zusätzliche und tatsächlich vorhandene Ressourcen. Degen sagte: „Schulleiter, Lehrkräfte, Ausbilder und Personalräte schlagen seit Monaten Alarm. CDU und Grüne nehmen billigend in Kauf, dass die Unterrichtsqualität leidet. Lehrkräfte sind keine Packesel, denen immer mehr aufgebürdet werden kann.“

HILFE FÜR TAUBBLINDE ABGELEHNT

Die Erhöhung des Blindengelds für taubblinde Menschen haben CDU und Grüne endgültig abgelehnt. **Gerhard Merz** zeigte sich enttäuscht von dieser Haltung und sagte: „Taubblindheit ist eine Behinderung, die mehr ist als die Summe von Blindheit und Taubheit. Durch die Behinderung beider Sinnesorgane sind die betroffenen Menschen in ihrem Alltag deutlich stärker eingeschränkt, als dies für Blinde oder Hörbehinderte gilt“, so der SPD-Fachsprecher.



„Nur durch Assistenz, die natürlich Geld kostet, kann den Betroffenen geholfen werden, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Durch die Verdopplung des Blindengeldes, die in unserem Gesetzentwurf vorgesehen war, hatten wir gehofft, dies ein Stück weit lindern zu können“.

ARBEITSLEHRE KONSEQUENT STÄRKEN

In der Debatte zur Große Anfrage der SPD-Fraktion zur „Arbeitslehre als Studien- und Unterrichtsfach“ hat **Dr. Daniela Sommer** eine Stärkung des Faches Arbeitslehre gefordert. Sie sagte: „Arbeitslehre ist ein wichtiger Baustein, um Berufsorientierung an Universitäten zu lehren und schließlich im schulischen Alltag zu verankern. 70 Prozent des Arbeitslehre-Unterrichts werden in Hessen durch Lehrer erteilt, die in dem Fach nicht inhaltlich und didaktisch ausgebildet sind und die damit fachfremd unterrichten.“ Sommer forderte weiter, Inhalte der Arbeitslehre als Teil einer allgemeinen Grundbildung zu betrachten, die an allen Schularten ausführlich vermittelt werden sollten. Auch Schülerinnen und Schülern an Gymnasien benötigten ein solche Orientierung.



Impressum
 SPD-Fraktion im Hessischen
 Landtag
 Schlossplatz 1-3
 65183 Wiesbaden
 Redaktion:
 Gert-Uwe Mende
 (verantwortlich)
 Gerfried Zluga-Buck
 Christoph Gehring
 Martina Häusl-David
 Valeska Fuhr